

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Mitglieder des Stadtvorstandes der Verwaltung, der Presse, der Ortsvorsteher, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat,
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

herzlich Willkommen, schön, dass Sie da sind und heute dann hier den ganzen Reden lauschen.

Wir sollen heute über einen Haushalt beschließen, der in seinem Ursprung Steuererhöhungen vorsah. Eigentlich Grundsteuer B, Grund- und Gewerbesteuer, jeweils um 20 Punkte auf 440 und ebenso die Hundesteuer. Gesamt sollten diese Erhöhungen dann sechs Millionen mehr in die Kasse spülen. Obwohl der Ergebnishaushalt auch ohne Steuererhöhung – wie wir ja auch eben gehört haben - mit zwei Millionen circa im Plus abschließt.

Steuererhöhungen sind immer das falsche Signal. Und Herr Oberbürgermeister, auch wenn die Grundsteuer jetzt eigentlich vom Tisch ist, möchte ich dennoch Ihnen für die Zukunft den Tipp geben, nicht immer wieder das Beispiel zu bringen, zu sagen: Ja, es sind ja nur 20 Euro für ein Familienhaus. Das sind 20 Euro hier, dann sind es fünf Euro da. Dann kommt die Erhöhung, kommt die Erhöhung, kommt die Erhöhung. Die ganzen Erhöhungen, die in den letzten Jahren waren, machen für so eine kleine Familie mal grad zwischen 100 und 200 Euro aus. Und ich wage es hier und heute zu bestreiten, dass im selben Umfange die Einnahmen der Familie durch Lohnerhöhungen gestiegen sind, das glaube ich nämlich nicht. Insofern verbietet sich eigentlich überhaupt darüber zu diskutieren. Weil es nämlich auch die Armen oder Ärmere, sozial Schwächeren auch trifft - eine Grundsteuer B.

Zur Gewerbesteuer, Herr Oberbürgermeister, möchte ich mit Ihnen hinaus fahren in die weite Welt. (...)Aber nicht so weit (...), Herr Oberbürgermeister, wir fahren nur bisschen rheinabwärts - an Rheinkilometer gelegen 770 bis 771. Dort ist ein wunderschönes Städtchen - 43 000 Einwohner groß - zwischen Köln und Düsseldorf gelegen. Von diesem Städtchen, Herr Oberbürgermeister, sagt Ihr Parteikollege Peer Steinbrück, dass wäre eine Steueroase mitten in Nordrhein-Westfalen, mitten in Deutschland. Und ja, er hat recht, es ist eine Steueroase. In Mohnheim nämlich, ist ein parteiloser Daniel Zimmermann 2009 zum jüngsten Bürgermeister in ganz Nordrhein-Westfalen gewählt worden, im Alter von 27 Jahren. Wenn wir hier sagen, wir möchten die Steuern senken, wir möchten sie halbieren, oder sonst irgendwas machen, ruft jeder zu: "Das geht nicht. Das kann man nicht machen. Da geht alles den Bach runter." Genau das hat dieser junge Bürgermeister nicht gewusst, dass das eigentlich gar nicht geht und dass man das nicht machen kann. Und er hat es einfach getan. Er hat es einfach getan und hat die Gewerbesteuer deutlich gesenkt. Und das Schöne ist ja jetzt, dass er seit 7 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt hat und zum 1.1.2017 wird die Gewerbesteuer in Mohnheim noch mals um fünf Punkte auf 260 gesenkt, so dass eine Steuerbelastung von insgesamt nur noch 24,925 Prozent für die Unternehmen zu rechnen sind. Und wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, vielleicht mal Kontakt mit der Mohnheimer Kämmerin, mit der Frau Sabine Noll, aufnehmen, dann wird sie Ihnen vielleicht die Zahl auch bestätigen, denn 2008, also bevor der Herr Zimmermann Bürgermeister wurde, hatte Mohnheim Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 13,5 Millionen Euro. 2012 waren es 147 Millionen - eine Zahl, wovon Koblenz träumt. Und 2015 hat Mohnheim Gewerbesteuereinnahmen

in Höhe von 277 Millionen Euro.

Und wir brauchen ja auch gar nicht den Rhein so weit runter zu fahren, wir können ja von mir aus auch gerne die Mosel ein Stückchen rauf fahren - nach Winnigen. Die machen`s uns gerade vor, senken die Grundsteuer B von 395 auf 370 und die Gewerbesteuer senken sie ebenfalls auf 370. Das ist dann der Punkt, wo die Unternehmen, die hier in Koblenz sind oder eventuell damit spekulieren, halt nach Winnigen fahren. Weil sie da deutlich weniger Einnahmen haben - Ausgaben. Und ich möchte eigentlich mit den Worten meines Parteivorsitzenden einfach mal ganz deutlich kund tun, so lange die Apples, die Googles, die Starbucks, und Ikeas dieser Welt unsere Straßen verschleifen, Milliardengewinne erzielen, ohne einen Cent zur Finanzierung des Gemeinwesens beizutragen, so lange verbietet sich eigentlich jegliche Debatte über zusätzliche Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Genauso sieht es aus. Und da muss der Bundesgesetzgeber dann halt von mir aus dann mal ein paar Änderungen herbeiführen, dass die bar bezahlen. Laut unserer Anfrage im Jahre 2015, mittlerweile dürfts deutlich mehr sein, weil die war gestellt wurden, bevor die ganzen Situation mit der Flüchtlingskrise einher kam, hatte die Stadt jährlich einen Aufwand in Höhe von 163 Millionen Euro, die durch Gesetze, die Bund und Land beschlossen haben, zu leisten sind. Wir haben allerdings, nach Auskunft der Verwaltung, 62 Millionen Euro erstattet bekommen. Sprich: 101 Millionen Euro zahlen wir Jahr für Jahr aus unserem Haushalt, den unsere Koblenzer Bürgerinnen und Bürger erwirtschaften, um Gesetze, die Bund und Land beschlossen haben, zu erfüllen. Und ich sage ihnen ganz klar: so lange dort nicht eine Hundert Prozent Ausgleich kommt und wir von den Kosten befreit werden, so lange nicht auch beim Bund und beim Land endlich das Denken ankommt "wer bestellt, der bezahlt", so lange wird die FDP-Fraktion keiner weiteren Gebührenerhöhung, Steuererhöhung oder sonstigen zusätzliche Belastung für unsere Bürgerinnen und Bürger zustimmen - und das auch für die Zukunft.

Faszinierend ist aber in dem Zusammenhang, dass man hier beschlossen hat, Ortsbeiräte samt Ortsvorsteher einzuführen. Und da stell ich mir mal hier die Frage: wie kommt das eigentlich draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt an? Im November bringt der Oberbürgermeister hier den Haushalt ein und sagt: wir brauchen Steuererhöhungen. Und im gleichen Atemzug wird beschlossen, dass wir Ortsbeiräte brauchen und das sind dann 300 000 Euro noch mal zusätzlich oben drauf. Das kostet Geld. Heute wollen wir die Steuererhöhungen beschließen und das kommt draußen doch nur an. Und da sind wir doch mal ehrlich, da sind wir doch mal ganz ehrlich, es kommt draußen so an: die beschließen mehr Bürokratie, mehr Pöstchen und wir sollen durch Steuererhöhungen dann bezahlen. So wird es doch draußen bei der Bevölkerung gesehen. Und auch das Argument, Herr Oberbürgermeister, dass flächendeckende Ortsbeiräte und Ortsvorsteher ja Zeit einsparen können, Personal also entlastet wird. Ich gehe den Weg mit Ihnen mit, wenn wir durch die Schaffung flächendeckender Ortsbeiräte und Ortsvorsteher die Verwaltung soweit entlastet bekommen, dass wir sechs bis sieben Arbeitsplätze einsparen, dann ist das eine gute Sache, dann haben wir Gewinn gemacht damit.

Was mich aber an der ganzen Argumentation am allermeisten wundert beim Thema Ortsbeiräte, ist die Argumentation der beiden großen Fraktionen CDU und SPD, die sich mehr Beteiligung wünschen. Die einfach sagen, wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger noch mehr Mitsprache und sie wollen den mehrheitlichen Willen, und da komm ich

gleich noch zu, auch durchsetzen. Richtig spannend an dieser Geschichte ist ja die Tatsache, dass, wenn wir in das Jahr 2005 oder 6 wars gewesen, wo in der Geschichte der Stadt Koblenz, das allererste Mal nach §17 der Gemeindeordnung ein Bürgerantrag gestellt wurde, der damals sich mit dem Thema Zentralplatz auseinandersetzten wollte. An dieser Sitzung habe die zwei Fraktionen, die jetzt sagen die Bürger sollten mitentscheiden und sollten mitmachen, sie haben den Willen der Bürger mit Füßen getreten. Und das, liebe Freunde, das müssen sie sich hier halt dann auch anhören. So geht keine Demokratie.

Spannend find ich auch, dass 802 Deutschsprachige Personen im Alter ab 15 Jahren in Privathaushalten mit Festanschluss befragt wurden und die Frage lautete: "In den durch die Gebietsreform in den 60er Jahren in die Stadt Koblenz eingemeindeten Stadtteilen gibt es Ortsbeiräte, um die Stadtteilinteressen zu verfolgen. Würden sie es begrüßen, wenn es in allen Stadtteilen Koblenz Ortsbeiräte gäbe?" Das war die Frage am Telefon. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich bin erstaunt, dass nur 57 % "Ja" gesagt haben. Das es nur 457 Personen waren und nicht 802. Weil wenn ich so ne Suggestivfrage gestellt bekomme, dann sag ich doch: "Ja, klar! Toll, will ich auch! Toll, will ich auch haben." Warum hat man den Menschen nicht gesagt, dass kostet zusätzlich 300 000 Euro, die Ortsbeiräte haben in der derzeitigen Form gar nichts zu entscheiden. Wenn der Ortsbeirat sagt: "Die Bank kommt hierhin" und der Stadtrat sagt: "Die Bank kommt dahin." Dann kommt die dahin, wo der Stadtrat sagt. Das hat man alles nicht gesagt. Also, insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, finde ich ein "Ja" von 457 Personen bei einer Einwohnerzahl von über 113 000 schon sehr, sehr gewagt. Und man kann natürlich drüber diskutieren, ob man sagt, das wäre repräsentativ. Ich habe irgendwann mal gelernt, vor langer Zeit, ab 1000 wäre irgendwas repräsentativ. Man hat mich wohl gelehrt oder wollte mich belehren, ab 802 ist es schon repräsentativ. Für mich ist das nicht repräsentativ, wenn noch nicht mal 1% der Bürgerinnen und Bürger befragt wurden.

Aus diesem Grund stellt die FDP-Fraktion folgenden Antrag: "Der Stadtrat möge beschließen: Im Rahmen der nächsten Bundestageswahl bzw. Oberbürgermeisterwahl sollen die Bürgerinnen und Bürger über die flächendeckende Einführung von Ortsbeiräten und Ortsvorstehern abstimmen." Das würde uns nicht viel mehr Kosten verursachen, außer das Drucken der zusätzlichen Zettel, wo sie ein Kreuz machen können, ob "Ja" oder "Nein". Das hätte den Vorteil, wir hätten tatsächlich eine breite Mehrheit oder einen breiten Willen der Bürgerinnen und Bürger. Und wenn dann 57 % sagen: "Jawohl." Dann ist das getragen von einer wirklichen Mehrheit und nicht von 457 Personen. Und daher werbe ich: Machen sie mit! Sagen sie: "Jawohl, wir machen das!" Wie gesagt, machen sie einfach mit, dann haben sie auf jeden Fall eine richtig gute Zustimmung oder auch nicht. Oder sie sehen, was die Koblenzer Bürgerinnen und Bürger wirklich wollen. Wenn sie ja sicher sind, dass es eine deutliche Mehrheit ist, wovon sie ja sagen, dann brauchen sie ja auch keine Angst haben. Die Druckkosten übrigens für dieses zusätzliche Blatt Papier, was man da machen kann, könnten wir...nein... die braucht noch nicht mal die FDP...och, Herr Lehmkühler, die können Sie und Ihre Fraktion (Zwischenruf)...nein (Zwischenruf)...die können Sie und Ihre Fraktion einsparen. Wissen Sie wie? Wenn Sie endlich mal das leidige Sitzungshopping beenden. Es kann nämlich nicht sein, Herr Lehmkühler, dass hier ein Tagesordnungspunkt aufgerufen wird in einer Sitzung und dann kommt ein Mitglied aus einem Ortsteil setzt sich für 7 einhalb dahin, kassiert 25 Euro und geht anschließend wieder nach Hause. Da können wir mit Steuergeldern wirklich umgehen. Und wenn ich hier, muss ich ganz ehrlich, Herr Lehmkühler, und hier sage ich

ganz ehrlich in aller Deutlichkeit: Nehmen Sie sich ein Beispiel an den zwei kleinsten Fraktionen hier im Rat, die haben bei den Haushaltsberatungen komplett alleine dort gesessen. Und haben nicht einmal getauscht und haben damit der Stadt mindestens 25 Euro eingespart. Wie gesagt...man könnte dadurch locker das Geld für den Druck der zusätzlichen Wahlzettel finanzieren, wenn bisschen mehr Disziplin in den Fraktionen wäre und dieses Sitzungshopping, was wir seinerzeit schon mal angesprochen haben, wo nach es ja besser wurde... nur leider ist es jetzt wieder eingerissen, aber gut.

Als weiteres habe ich eine Idee gehabt, die ich mir in Lüneburg geklaut hab. Da hatte ich ja auch schon mit der Verwaltung kommuniziert. Da ging es darum, dass die Flüchtlingskrise derzeit ja ...überwunden, nicht überwunden, aber erst mal stagniert, so dass also irgendwo Plätze in Unterkünften frei sind. Lüneburg geht hin und vermietet diese freien Plätze in den Containern für 150 Euro an Studenten. Das hat den Vorteil, die Stadt Lüneburg hat Einnahmen, und eine richtig gute Integration zwischen den Flüchtlingen und der deutschen Bevölkerung findet statt. Das macht Vorbildcharakter, finde ich richtig klasse. Ich weiß, die Verwaltung hat mir geschrieben, dass das aus den und den Gründen derzeit in Koblenz nicht geht, aber ich rege hier an dieser Stelle an, dass die Verwaltung vielleicht mal mit dem Betreiber in Wallersheim spricht, je nachdem, wie da sind, ob man vielleicht da nicht irgendwas in diese Richtung bin bekommt. Weil der Mangel an Wohnraum, günstigen Wohnraum, für Studenten, der ist wohl allseits bekannt und wenn wir auf diesem Wege, wir müssen da so oder so bezahlen, ob der 80 Flüchtlinge drin hat oder 99. So hab ich das zumindest noch in Erinnerung von dem Vertragswerk her. Und wenn wir aber diese fehlenden 19 durch Studenten ersetzt bekommen und kriegen da kleine Einnahmen, haben wir eine Integration, haben die Einnahmenstruktur der Stadt verbessert und alles ist gut.

Das Schlusswort kommt jetzt, Herr Naumann, da freuen Sie sich ja bestimmt schon die ganze Zeit drauf, ja, dass der Herr Schupp von der FDP endlich fertig ist, genau.

Ja, zum Schluss bleibt mir zu sagen, ein herzliches Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, auch an Sie, Herr Lehmkuhler, für die konstruktiven, sachlichen (Zwischenruf) ...weiß ich doch (Zwischenruf)...weiß ich doch für die sachlichen, konstruktiven Haushaltsberatungen. Wir haben zwei Tage wirklich hart daran gesessen und haben gestr..., nein gestritten eigentlich nicht, wir haben sachlich diskutiert. Frau Brockmann-Kneip: es tut mir leid, dass ich so viele Fragen gestellt habe, die Sie aber dann doch mit einer Engelsgeduld immer wieder schön beantwortet haben. Dafür herzlichen Dank an Sie und Ihr gesamtes Team von der Verwaltung. Es waren zwei schöne Tage und ich verabschiede mich mit den Worten.. (Zwischenrufe)...Das ich mich noch gleich freue auf eine schöne Weihnachtsfeier gemeinsam mit Ihnen allen. Schön viel Spaß! Die FDP, bevor ich es vergesse, wird dem Haushalt natürlich nicht zustimmen, wenn eine Steuererhöhung beschlossen wird. Beschließen wir keinerlei Steuererhöhungen, dann stimmen wir zu - mit Steuererhöhungen sind wir leider nicht dabei. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!